APO - PRESS

HAMBURGER INFORMATIONSDIENST

HERAUSGEBER : SDS HAMBURG/ verantwortlich : M.Deter , Redaktion und Verlag HH 4
Annenstraße 32,Tel. 31 28 65 / Erscheinungsweise : Montags vierzehntägig. Abonnement :
Bei Zustellung per Post halbjährlich DM 8.- Postschekkonto: Hamburg M.Deter 22 9332

MONTAG , DEN 7.4.1969 NR. 6 EINZELPREIS : DM 0.5o

AUS DEM INHALT :

PERSPEKTIVEN DER SCHÜLERBEWEGUNG IN HAMBURG - I. TEIL

Zwei Faktoren lassen es notwendig erscheinen, endlich auch in der Schülerbewegung mit der Strategiediskussion zu beginnen. Nachdem die politischen Schülergruppen in den letzten zwei Jahren mehr oder weniger sporadisch in Erscheinung traten, - in der Bewegung war kein Anzeichen einer systematischen Arbeit zu bemerken - meist Ein - Punkt - Bewegungen verhaftet blieben und nur fähig waren, defensiv auf Bestrebungen der herrschenden Schülerbürokratien zu reagieren, sind jetzt die Bedingungen des Emanzipationskampfes der Schüler zu analysieren. Zudem machte die Fixierung auf die Studentenbewegung eigenständiges Handeln schwer. Der zweite Grund ist, über das Selbstverständnis der Schülerbewegung hinausgehend, die Einschätzung und der Stellenwert der Schülerarbeit innerhalb der antiautoritären , sozialistischen Bewegung.
Dieser Artikel hat nicht die Absicht, exakt zu beschreiben, was die politischen Schüler unbedingt leisten müssen und was unumstößlich feststeht; Perfektion ist hier nocht möglich, da die Strategiediskussion erst beginnen muß. Allerdings sind die hier beschriebenen Faktoren bei den folgenden Diskussionen und Aktionen in Erwägung zu ziehen, will man nicht in Reformismus, anarchistischen Aktionismus oder Seminarmarxismus verfallen.

1 a) Die Hochschulreformen der Herrschenden zeigen deutlich die Technokratisierungstendenzen , mit denen man hofft, den Anforderungen des Kapitals Rechnung zu tragen. Die gleichen Tendenzen sind zu erwarten, bzw, schon festzustellen bei der Umstrukturierung des Schulwesens. Die Initiativen zur Schaffunf einer Gesamtschule machen die Verstär-

kung des mathematisch-naturwissenschaftlichen Sektors bei gleichzeitigem Rückgang der humanistisch bildenden Fächer, heute wirklich ein Rest der Humboldtschen Bildungskonzeption, sichtbar. Da der gänzliche Übergang zur Gesamtschule (ideale Möglichkeit, sich noch nicht ausgeschöpfte Bildungsreserven nutzbar zu machen)aber wegen der Schwerfälligkeit der Bürokratien und mangelnder Ausstattung des Bildungswesens mit Finanzen nicht von heute auf morgen zu realisieren ist, wird das traditionelle Gymnasium selbst die Technokratisierung und Kapitalisierung (Zuschnitt auf die Anforderungen der Profitmaximierung) über sich ergehen lassen müssen. Dabei wird der Widerstand der von diesen Reformen betroffenen Lehrkräfte, meistens organisiert im Philologenverband, erbittert aber nutzlos sein.

Zu erwartende Resultate werden ein breit gefächertes Leistungskurssystem mit sog. "individueller Förderung ", der Abbau heute schon überflüssiger autoritativer und autoritärer Züge, eine verstärkte Einbeziehung technischer Hilfsmittel vor allen Dingen für die Fremdsprachen, eine Objektivierung der Leistungsbewertung verbunden mit einem höheren Leistungsdruck und eine Mitbestimmung der Schüler in all diesen Bereichen sein. Anzunehmen ist, daß die dafür notwendigen Reformen bald verstärkt durchgeführt werden, der Zeitraum von 10 Jahren ist zu lang und unrealistisch, da die Universitätsrevolte auch in den Schulkonzeptionen der Bürokratien ihren Niederschlag finden muß:
um die revolutionäre Bewegung ihrer Basis zu berauben, wird neben der Auslagerung direkt zu verwertender pädagogischer Produktion -Forschung- die Grundausbildung der Universität entzogen und den Gymnasien aufgetragen.

1b) Gegenüber diesen langfristigen Perspektiven wird in diesem Jahr nicht mit der Verwirklichung der für unser spätkapitalistisches System notwendigen Reformen zu rechnen sein. Das von der Legislative beschlossene Gesetz über die Neuordnung der SMV wird den betroffenen Schülerfunktionären zwar einige scheinbare Kompetenzerweiterungen bringen, wie Teinahme an Lehrerkonferenzen und Vermittlungsausschüssen, aber reale Einwirkungsmöglichkeiten werden hier noch nicht verwirklicht. Das hat seinen objektiven Grund darin, daß die Herrschenden nur dann "mitbestimmen lassen" , wenn sie sicher sind, daß bei den Betroffenen die Internalisierung von Herrschaft zu weit fortgeschritten ist, um noch feststellen zu können, wie sie gegen ihre eigenen Interessen handeln. Diese Manipulation ist bisher von der Schulerziehung, aber auch von den Massenmedien, die die Verhaltensweisen sozialer Gruppen in zunehmendem Maße bestimmen, noch nicht hinreichend geleistet worden; und fällt auch in Zukunft schwer, wenn die politischen Schülergruppen eine ihrer wesentlichsten Aufgaben, eben diesen Manipulationszusammenhang darzulegen und somit zu vernichten, durch eine wesentliche Stärkung ihres Einflusses erfüllen können. Später, auf alle Fälle in der Gesamtschule, wird auch eine Mitbestimmung mit Abstimmungsmöglichkeiten zu realisieren versucht werden(siehe hierzu das Buxtehuder Modell).
—Die neue Gesetzgebung wird ebenso die Masse der Schüler unberührt lassen, wie der in diesem Jahr wahrscheinlich realisierte Erlaß für die Schülerzeitungen, der eine Ausweitung der Vorzensur vorsieht.

Weniger als die Gesetzgebung wird für die Schülerbewegung der Versuch relevant, politische Schüler zu disziplinieren, eventuell von der Schule zu relegieren. Da eine organisierte Opposition innerhalb der Schule während des Unterrichts für die Lehrer ein völlig neues Phänomen ist, ist die Unsicherheit des Lehrkörpers groß, eine Unsicherheit, die von uns ausgenutzt werden kann! Inzwischen werden von der Schulbehörde Wochenendtagungen veranstaltet, bei denen die Direktoren und andere Marionetten des Kapitals Maßnahmen gegen politische Schüler und gegen die von uns propagierte Durchlöcherung des Unterrichts diskutieren. Diese Maßnahmen werden nach den bisher erlebten Disziplinierungen im Wesentlichen Bestrebungen sein, die politischen Schüler, vor allen Dingen unter ihnen die "Rädelsführer" dingfest zu machen(dazu dienen im Gesamten Hamburger Bereich "schwarze Listen") und von der Schülerschaft durch Kriminalisierung und Diagnostizieren von Geistesschwäche zu trennen.

Die bisher erlebte teilweise Zusammenarbeit von Schuladministration und Polizei wird sich ausweiten und organisatorisch in irgendeiner Weise niederschlagen, besonders dann, wenn Schulbesetzungen zu bekämpfen sind.

2) Um die Faktoren für eine realistische Strategie zu erhalten, ist neben der Analyse der herrschenden Kräfte auch die des zugewinnenden Potentials in dem jeweiligen sozialen Bereich erforderlich.
Da der AUSS sich zunächst auf die Gymnasien und dort auf die Mittel- und Oberstufen beschränken muß, sind die in diesem Bereich lernenden Schüler zu analysieren. (Im AUSS ist eine Projektgruppe Volks- und Mittelschule geplant. Sie soll das wesentlich größere Potential der diese Schultypen besuchenden Schüler erreichen. Somit ist der Vorwurf der Selbstbeschränkung unhaltbar.)
Die heute unter den Gymnasiasten Vorherrschende Pop-Kultur ist ein Versuch dieser Schüler, ihr nicht als befriedigend empfundenes Lernen auszugleichen. Diese Spielart kann mit Recht als vorpolitisch-antiautoritär bezeichnet werden, um so mehr, als die heute schon politisierten Schüler dieser Pop-Kultur entsprungen sind. Der Versuch dieser Jugendlichen ihre im Schulalltag gesammelten Agressionen auf dem Tanzparkett loszuwerden, ist geschichtlich ein neues Phänomen. Früher fügten sich die Schüler mit geringerem Widerstand den geltenden bürgerlichen Normen, womit nicht gesagt sein soll, daß diese infantile Art von Protest nicht bürgerlich und von der schichtenspezifischen Manipulation etwa nicht geleitet ist.
Früher, besonders vor dem 2. Weltkrieg, geschah das Pauken unter einem anderen Aspekt: :die Arbeit wurde mit dem damit verbundenen Verzicht und trotz der Mühe meist stillschweigend geleistet, weil ein Ziel, eine Entlohnung erreichbar war. Der Schüler, aus dem Klein- und Großbürgertum kommend, hatte in weit stärkerem Maße als heute die Möglichkeit, die Position seines Vaters einzunehmen und damit seine gesellschaftliche Anerkennung zu erhalten. Die Situation, in der heute der Oberschüler steckt, ist jedoch wesentlich prekärer : die berufliche und gesellschaftliche Rolle des Vaters einzunehmen, ist heute auf grund der notwendig steigenden Flexibilität der Berufe kaum noch zu erhoffen. So bringt der sich weiterentwickelnde organisierte und verwaltende Kapitalismus ein hohes Maß an Statusunsicherheit für den Oberschüler mit sich. Die heute wachsend festzustellende Unsicherheit und Ratlosigkeit über die spätere berufliche Funktion ist bedingt durch eine mangelnde Orientierungshilfe, die früher der Vater war, und einen Funktionsverlust der Familie. Damit verbunden ist selbstverständlich die Übernahme der sekundären Anpassungsaufgaben an außerfamiliäre Instanzen, wie Schule, Massenmedien und davon bestimmte soziale Gruppen.
Indem die Schüler merken, daß eine von ihnen erwartete quasi natürliche Belohnung nicht mehr sicher ist, hören sie nicht etwa mit dem Lernen in der Schule auf, denn eine Alternative weniger mühseliger Art ist nicht sichtbar, vielmehr setzt zu diesem Zeitpunkt eine Regression von der analen Fixierung auf orale Betätigung ein. Ein Charakter entsteht, der "alles in sich hineinsaugt ", der seine hauptsächliche Aufgabe darin sieht, zu konsumieren um zu konsumieren. Eine Tatsache, die von auf Jugendliche zugeschnittenen Produktionszweigen weitlich ausgenutzt wird. Dieser Jugendliche lernt in der Schule nur noch "um den Schein zu machen", d.h. das Abitur so reibungslos und bequem wie möglich, allen Widerständen ausweichend zu erhalten, um dann die Konsumrate enorm steigen lassen zu können.
Da das Elternhaus nicht mehr im Stande ist, dem Schüler Sicherheit zu bieten, ist seine Bereitschaft größer, gegen die Familie zu revoltieren. Diese Revolte wird durch die schichtenspezifischen Manipulationsmittel (BRAVO, RADIO LUXEMBURG, TWEN, etc.) entpolitisiert und in die Pop-Kultur kanalisiert.
Die Revolte hat ihren Ursprung primär inder jetzt in der Schule nicht mehr als emotional einsichtig empfundenen herrschenden Unterdrückung, gegen die sich die jüngeren Jahrgänge ebenfalls mit der typischen Schülerkultur emotional wehren. Eine zweite Ursache sind die in der Pubertätsphase wieder heftig einsetzenden sexuellen Konflikte, inder Reaktiverung des Ödipuskomplexes, verbunden mit der genitalen Reifung und der körperlichen Möglichkeit, Geschlechtsverkehr zu haben. Diese Konflikte, deren optimale Lösung einmal durch die falsche oder unvollständig gelöste ödipale Situation in der phallischen Phase- damit verbunden ist ein Über-Ich, daß Schuld- und Haßgefühle produziert- und zum anderen die aktuelle Situation, die den notwendigen Geschlechtsverkehr neben der psychischen Be-

hinderung durch technische Mängel(Zimmer, Verhütungsmittel) verkompliziert, für die meisten Schüler fortwährend verhindert, wenn nicht verunmöglicht wird, sind mächtige Quellen eines emanzipatorisch-revolutionären Ansatzes.
Auch an diesem Punkt übernimmt die Pop-Kultur eine wichtige Funtkion. In ihren Beat-Lokalen und Parties ist einerseits eine Entladung der sexuell Frustrierten von Aggressionen durch spezifische Tänze, andererseits, scheinbar das Gegenteil bezeugend, die unverbindliche Kontaktaufnahme mit dem anderen Geschlecht unter den von den Massenmedien vermittelten Normen möglich.
Hier wird schon deutlich, auf welche spezifisch schwierigen Situationen die Schülerbewegung Rücksicht nehmen muß und welche emotionalen Erwartungen sexueller und psychischer Art von ihr nicht enttäuscht werden dürfen, bw. zu deren Erfolg sie beitragen muß. Denn : die sogenannten Bedürfnisse des Alltags sind politische Bedürfnisse, müssen politisiert werden und, falls sie emanzipatorische sind, langfristig erfüllt werden, wenn die Bewegung nicht auf grund psychischer Zusammenbrüche kaputtgehen will.

Die psychologischen Gesichtspunkte dieses Artikels sind aus technischen Gründen in komprimierter Form wiedergegeben worden. Als Literatur können dienen :

1. Gäng/Reiche : Modelle der kolonialen Revolution , ed. suhrkamp, S. 158 - 165
2. Marcuse : Psaychoanalyse und Politik EVA
3. W.Reich : Die sexuelle Revolution EVA
4. R.Reiche : Sexualität und Klassenkampf Verlag neue kritik

VK UND ANTI - BUNDESWEHRKAMPAGNE - ORGANISATION DER ANTI - BUNDESWEHR - ARBEIT

Die ersten Aktionen gegen die Nationalen Streitkräfte begannen nach der Verabschiedung der NS-Gesetze. Spätestens zu diesem Zeitpunkt war die Funktion der Bundeswehr als konterrevolutionäres Instrument deutlich geworden. Doch eben nur von diesem unscharfen, kaum analytisch differenzierten Ansatz organisierte man sporadische Aktionen, mit sporadischen Zusammenkünften und lediglich geforderter Theorie. Die Zusammenarbeit mit einigen Soldaten, Erfahrungen progressiver VK-Gruppen auf der einen Seite und die Aktualisierung der Notstandsfuntkion der Bundeswehr auf der anderen Seite führten zu einem präziseren Konzept der Basisarbeit in der Bundeswehr. In der politischen Indoktrination der Bundeswehr herrschte die Kalte-Kriegs-Ideologie vor, nach dem Muster der ZDV 12/1 (Zentrale Dienstvorschrift). "Der Soldat muß wissen, wofür er kämpft : für die freiheitlich-demokratische Grundordnung, und wogegen : gegen den Weltkommunismus.
Auch im Frieden steht er an der geistigen Front zwischen Freiheit und Totalitarismus."
Der Feind im Innern war ein ferngesteuerter Diversionstrupp. Jetzt beginnt die Indoktrination sich gegen die APO, und besonders SDS, und VK zu richten. In Wachanweisungen heißt es :"Wenn diese SDS- Affen über das Tor kommen, abknallen."
Das Bekämpfen einer waffenlosen Demonstration wurde gerade in Pinneberg geübt. Im Soldatnejargon gibt es den Ausdruck "Dutschke-Bereitschaft" für die Sonderwachen bei einer angekündigten Demonstration vor der Kaserne.
Die umfangreiche Arbeit in der Bundeswehr benötigte eine materielle personelle Basis, die ein Arbeitskreis im RC nicht bieten konnte. Der VK sollte deshalb entsprechend der Strategie der Anti-Bundeswehr-Kampagne umstrukturiert werden. Das stellte sich als äußerst schwieriges Unterfangen dar; die alten Vereinsmeier versuchten mit wildem Satzungsfetischismus ihre Positionen zu halten. Der Bundesvorstand des VK räumte z.B. der Frankfurter Gruppe das Büro aus. Die Genossen mußten taktieren, vergeudeten dadurch ungeheuer viel Zeit und verloren so partiell die Vorteile der organisatorischen Basis.
Währenddessen konnten die SDS-Genossen offen sozialistische Sprüche zur Zerschlagung der Bundeswehr artikulieren. Die VK-Genossen jedoch mußten auf den Moment warten,

an dem sie die Taktik wegwerfen und gleichsam Rosa Luxemburg die Hand reichen konnten. Sie trachteten danach, aus dem VK einen sozialistischen Kampfverband zu machen. Unbewußt wohl, um sich vor den Genossen als Sozilisten zu legitimieren. Der Strategie und Taktik jedenfalls, in den Kasernen durch Basisarbeit die innenpolitische Funktion der Bundeswehr zu paralysieren, und in anderen Bereichen die Perspektive Militarismus und damit eine gesamtgesellschaftliche Perspektive zu vermitteln, entsprach in keiner Weise ein sich klar äußernder sozialistischer Kampfverband.
Eine sozialsitische Position - sei sie auch nur eine von der Presse aufgebaute - fordert von den Soldaten einen Sprung, des Bewußtseins und der Praxis, den nur eine Minderheit vollzieht. Die Politisierung und Organisation von Soldaten mußte vielleicht noch mehr als in anderen Bereichen - vom konkret Erfahrbaren, die Person Tangierenden ausgehen und duldete keine Vermittlungsmethoden wie Demonstration, Provokation.
Die Emanzipation auf einer breiten Basis konnte nur kontinuierlich - durchaus mit reformistischen Zweckzielen- vollzogen werden und sich dann in einer sozialistischen Organisation niederschlagen. Von dort ist die gewerkschaftliche Funktion des VK wichtig für die Anti-Bundeswehr-Kampagne. Sie leistete über das Bedürfnis der Kriegsdienstverweigerung eine Antizipation einer politischen Organisation, die sonst wegen der starken Isolierung der Soldaten sehr schwierig wäre. Auch in anderen sozialen Bereichen ist diese Vororganisation auszunutzen. Über Militarismuskritik kann man zu einer Kapitalismuskritik, d.i. zur Grundlage sozialistischer Politik kommen. In kleinen Städten bietet die VK-Bundeswehrarbeit die Möglichkeit, zu einer nicht nur voluntaristisch geforderten Zusammenarbeit der "Linken" zu kommen. In Cuxhaven ist APO gleich VK. In Lüneburg schafft die VK-Bundeswehrarbeit die organisatorische Grundlage für eine Arbeit in den Bereichen Schule, Bundeswehr und Betrieb.
Für die Gesamt - Bundeswehr - Strategie ist die gewerkschaftliche VK-Arbeit von großer Bedeutung. Gewerkschaftliche Organisation und Sozilistischer Kampfverband, die in einem dialektischen Verhältnis stehen, sind dieser Anti-Bundeswehr-Kampagne adäquate Kampfformen. Im gewerkschaftlichen Bereich muß nur dafür gesorgt werden, daß die Kanalisierung des Potentials in den jetzt immer mehr konterrevolutionär werdenden Pazifismus verhindert wird und autoritäre Strukturen nicht eine Politisierng verunmöglichen. Ein sozialistischer Kampfverband, der sich so fest organisiert, wie es bei der anfallenden Massenarbeit notwendig ist, wäre sehr leicht zu zerschlagen. Die Trennung zwischen Gewerkschafts-und Kapmpfverband leistet außerdem einen begrenzten Schutz.
Die derzeitige Aufgabe ist es, den VK entsprechend seiner gewerkschaftlichen und tendenziell en Kampfverbandsfunktion gegen den Widerstand der offen reaktionären Pazis umzuorganisieren. Ein satzungsfetischistisch "sauberer" Delegiertenblock muß zum VK-Bundeskongreß nach Stuttgart geschickt werden. Am 3. April fand im WISO-Hörsaal der Versuch einer Delegiertenwahl statt. Inhaltlich politische Diskussion gab es natürlich nicht. Taktik der Kasernenarbeit stand gegen Staubwischen im Büro. Die Delegiertenwahl wurde von den Pazis angefochten. Die VK-Genossen hatten Beitrittserklärungen, die nicht einen von der Satzung geforderten Passus(die sog. WRI-Erklärung) enthielten. Die Wahl findet ein zweites Mal am 17.4.69 um 18 Uhr im WISO-Hörsaal statt. Wenn die Genossen Delegierten nicht durchkommen, wird sich in Stuttgart der Verein zur Wahrung pazifistischen Gedankengutes restaurieren. Mit der Bundeswehrkampagne sähe es dann beschissen aus.

PLANUNG EINES ZENTRALEN KONTROLLAPPARATES IN DER BRD

Das Bundesinnenministerium plant den Aufbau von zentralen Regisitrierstellen für alle Bundesbürger. Jede Person soll durch eine zwölfstellige Ziffer chiffriert und sowohl in kommunalen als auch in zentralen Computern der Länder gespeichert werden. Die vorgesehenen Ziffern stehen für Wohnsitz, Alter, Geschlecht u.ä. auf Meldebögen übliche Angaben; dazu sollen alle Angaben kommen, die bis jetzt in vielen Karteien verstreut lagern, wie bei Krankenkassen, Finanzämtern, Schulen, Kreiswehrersatzämtern. Eine Zentralisierung der Informationen über die einzelnen Personen bedeutet einen enormen Zuwachs der Kontrollmöglichkeit über diese Personen für die Behörden, nicht nur Zeitersparnis für den Bürger, der etwa bei einem Umzug nicht mehr zu verschiednen Ämtern laufenmüßte. Totale Kontrolle über jeden Schritt eines Individuums zunächst im Zuständikeitsbereich der Behörden wird ermöglicht, wenn zusätzlich zu den genannten Informationen noch ordnungspolizeiliche u.ä. Eintragungen angeschlossen werden, wozu die Computerkarte sich bestens eignet. Angesichts der Tatsaxhe, daß APO und besondes SDS-Mitglieder von Politischer Polizei und Verfassungsschutz überwacht und bespitzelt werden, von einigen Leuten jedes gesprochene Wort protokolliert, jedes geschriebene in Akten gesammelt wird, liegt der Gedanke an eine Verwirklichung totaler Kontrolle nicht fern, die Gefahr der Ausschaltung kritischer Gruppen wird offensichtlich.
Das Monopol der Herrschenden in Einsicht und Verwertung der Informationen bedeutet absolute Kontrolle und Manipulierung durch den Staatsapparat, die Verwirklichung der Orwell'schen Utopie "1984".
Das Vorgehen von Innenministerium und Regierung bei der PKZ-Planung zeigt die Tendenz der zielstrebigen Aufhebung demokratischer Kontrolle : wie bei der Vorbereitung der NS-Gesetze hält man die Bevölkerung uninformiert über den Stand der Pläne und verschleiert die politische Bedeutung, bis die Gesetze durchgezogen sind.
Einige Städte haben, ohne eine Gesetzgebung für nötig zu halten, schon verwirklicht, was auf Bundesebene in drei Jahren verwirklicht sein soll : in Duisburg, Gelsenkirchen, Augsburg, Berlin und Düsseldorf ist die Bevölkerung bereits in Computern registriert.
Nach Meinung des Bundesinnenministeriums ist das PKZ-System weiter nicht mehr als " eine Ausweisnummer, gegen die niemand etwa einwenden kann." , und die Installation des Computerregisters werde zudem durch die bestehenden Kompetenzen für das Paß - und Personenstandswesen gedeckt. Kritik an dieser scheinbar naiven Betrachtungsweise kam aus dem IPA (interparlamentarischer Arbeitsgemeinschaft) - woraufhin sich das Bundesinnenministerium bequemte, einen Gesetzentwurf zur Einführung des PKZ in Arbeit zu geben. In den Arbeitskreisen , die aus Bund- und Ländervertretern bestehen, beschäftigt man sich mit der "Klärung von Einzelfragen", z. B. "Finden eines gemeinsamen Verknüpfungsbegriffes" für den Datenaustausch zwischen den Ländern, Ländern und Bund. Das heißt wiederum bewußtes Ausklammern der politischen Zusammenhänge und Konsequenzen eines solchen Systems, und das angesichts der Tatsache, daß in den USA die Einführung eines ähnlichen Systems verhindert wurde, da keine ausreichenden Kontrollmöglichkeiten der Benutzung eines derartigen potentiellen Machtinstruments gegeben waren.
Laut Professor Scheuch sind in der BRD trotz der fortgeschrittenen Planung bisher nicht einmal geringste Kontrollen gegen diesen Herrschaftszuwachs der Regierung vorgesehen, weder durch das Parlament noch durch die Justiz.

BEITRAG ZUR KOMMUNE-DISKUSSION (KIEL)

Studentische Kommunen als Problem revolutionärer intellektueller Existenz heute oder Kommune ohne Kommunarden

"Die Aufhebung der Selbstentfremdung macht den selben Weg wie die Selbstentfremdung"; dieser Satz Marxens aus den Pariser Manuskripten erscheint als adäquate Beschreibung studentischer Kommuneversuche; das Leiden an den begriffenen und unbegriffenen gesellschaftlichen Widersprüchen scheint hier eher verstärkt als gelindert zu werden. Dieser Zustand des "noch ganz rohen und gedankenlosen Kommunismus", in dem die "abstrakte Negation der Welt, der Bildung und der Zivilisation, die Rückkehr zur unnatürlichen "Einfachheit" vorherrscht, spiegelt einmal zunehmende Theorielosigkeit und Unfähigkeit, gesellschaftliche Konflikte konkret zu analysieren einerseits, und mangelnde praktische Vermittlung andererseits. Man mag diesen beklagenswerten Zustand innerhalb der APO und ihrer Zellen in den Kommunen mit dem Hinweis auf zunehmende Resignation vor der zunehmenden gesellschaftlichen Repression erklären oder mit fehlender Selbstkritik, eine ebenso entscheidende Ursache ist vielfach der Grad von Unreflektiertheit, mit dem man in der APO darangeht, so etwas wie sozialistische Lebensformen im Vorgriff experimentell zu realisieren.
Genossen an den Universitäten leiden sowohl innerhalb ihrer Studienfächer als auch außerhalb an der Diskrepanz zwischen erkannter Theorie und den Möglichkeiten ihrer Umsetzung, sie leiden an der praxislosen Theorie, wie an der theorielosen Praxis; die Glaskastenuniversität verhindert Realitätsbezug und deformiert so selbst die Theorie, so geraten die Genossen in neue Widersprüche zwischen Engagement, d.h. theoretischem Wollen und emanzipativer, d.h. konkret veränderner Praxis, d.h. z.B. : wir wissen alle, daß wir die Arbeiter agitieren müssen und wollen, aber die praktische Umsetzung solcher Erkenntnisse scheitert meist schon am [illegible] Erkennen der bestehenden Konflikte im Betrieb.
In dieser entfremdeten Situation kommt einer Kommune die Funktion zu, die erfahrenen Widersprüche zu lindern durch politische Diskussion und gemeinsame politische Arbeit; gemeinsames Wohnen von Genossen hat hier Entlastungsfunktion : die direkte familiäre Repression ist aufgehoben, durch ständige Diskussion können Kommunen zu "rationalen Inseln" werden, die überflüssige Herrschaft auflösen, die die Charakteristika mittelständischer Normen: Leistung, Zwang, Gehorsam zugunsten disziplinierten selbstbestimmten Arbeitens überwinden, die Formen kollektiven Lernens ermöglichen, die autonome Ich-Funktionen gegen ideologische Ansprüche ausbilden : Treue gegen Ehrgeiz, Solidarität gegen Konkurrenz, etc.... . Das sollten und könnten Kommunen leisten;daß sie es nicht tun, mag viele Gründe haben, die sich zumeist jedoch durch eine Ursache erklären lassen :das obenbeschriebene Leiden des revolutionären Intellektuellen an der Diskrepanz zwischen erkannter Theorie und Möglichkeit ihrer Umsetzung, ist objektiv vielfach nichts anderes als Leiden am Mangel theoretischer Erkenntnis oder an Pseudotheorie, die sich gerade noch in Reizworten wie " Scheiß-System" oder "Scheiß-Kapitalismus" oder "Scheiß-Liberale" artikulieren kann. Politische Arbeit kann dann nur noch frustrieren, die intendierte Überwindung der Kluft von Theorie und Praxis wird allenfalls zur Scheinüberwindung ; der Prozeß der Isolierung beginnt, der in-group-Druck steigt, die Repression läßt sich nicht nach außen leiten, denn vernünftige, d.h. die realen Verhältnisse einbeziehende Mittel-Zweck-Relationen fehlen ; die Folge ist in der Regel irrationale Agressionsableitung in blindem Aktionismus. Die politischen Mißerfolge mit der "hic et nunc-Theorie" (unmittelbare Befriedigung der Bedürfnisse) führt zur Resignation.
So befindet sich die Kommune allmählich in einem theorie- und praxislosen Zustand, so produziert sie mehr Neurotiker als die "normale" Gesellschaft. Die dann aufkommenden Illusionen, die Hoffnungen ließen sich heute erfüllen und die Leiden heute abschaffen, führen dazu, daß die revolutionäre Idee gerade nicht zur materiellen Gewalt wird, sondern die bestehende Gewalt die revolutionäre Idee (materiell) besiegt. Ob-

jektiv wirken solche gescheiterten Experimente neuer Lebensformen, die sich im Irrationalismus auflösen, integrationistisch, das bestehende kann einen Sieg feiern. Dann ist man schnell mit Rationalisierungen bei der Hand : neurotische Arbeitshemmungen erscheinen als fremdbestimmter Leistungszwang, Mißerfolge gehen aufs Konto der Totalität und Eindimensionalität des Systems. Die Entfernung zwischen jetziger abzu - schaffender gesellschaftlicher Situation und konkreter Untopie vernünftiger Zustände , zwishen vermeintlich erkannter und wirklicher Realität haben sich nur vergrößert, an die Stelle der Kommune als Schonraum zur Herstellung autonomer Subjekte ist dann eine realitätsblinde Sekte getreten, deren vermeintliche Befreiung in nur umso größere Sub - ordination und unmittelbar wirksame Repression verkehrt ist.

Anmerkung der Redaktion :

Da wir in diesem speziellen Fall nicht, wie es unserer üblichen Arbeitsweise entsprochen hätte, mit dem Verfasser des Artikels Rücksprache über etwaige Änderungen nehmen konnten, haben wir uns entschlossen, den Beitrag so abzudrucken, wie er einging, aber auch von unserem Recht auf Anmerkungen Gebrauch zu machen.
Unseres Erachtens ist es nicht legitim, daß der Verfasser von eigenen Kommuneerfahrungen so abstrahiert, daß sein Beitrag für den Leser nicht mehr nachvollziehbar und stellenweise unverständlich wird. (Aus einem Zusatz des Beitrags ist zu erfahren, daß der Verfasser in einer Kieler Kommune lebte.) Weiter ist der therapeutische Aspekt für den Einzelnen in der Kommune gegenüber dem gesamtgesellschaftlichen der Kommune selbst überbetont, was auf einen individualistischen Ansatz des Genossen schließen läßt, und die Anal yse der politischen Funktion einer Kommune außer acht läßt.
Dennoch hielten wir es für richtig, diesen Beitrag zur allgemeinen Kommune-Diskussion abzudrucken, weil er einige diskutierenswerte Ansätze und Thesen zum Verständnis der Funktion einer Kommune enthält. Gleichzeitig ist er gedacht als Information des Kieler Genossen an mögliche Interessenten für eine Kommunegründung mit dem Ziel, sich gemeinsam auf das Jura-Referendar-Examen im Herbst vorzubereiten.

Die Adresse des Genossen liegt bei der Redaktion vor. Interessierte Genossen mögen sich an uns wenden.

ARGUMENTATION ZUR RECHTFERTIGUNG DER VORBEUGEHAFT

Bezeichnend für die "Verfechter der freiheitlich-demokratischen Grundordnung" sind die Argumentationsweisen, die - dienen sie dem herrschenden Interesse - sich nur allzu leicht "etwas außerhalb der Legalität " bewegen.
Als jüngstes Beispiel hier die Äußerungen des Vorbeugehaft-Initiators Hirsch, SPD, dem die Reaktion der Öffentlichkeit nur gezeigt hat, daß man in dieser Frage noch etwas rechtsstaatlicher, als man es bisher schon getan habe, vorgehen müsse. Stellt dieser Satz schon eine ähnliche Desavouierung wie der oben zitierte Ausspruch Höcherls dar, so scheut Hirsch sich nicht, zur Legitimation der selbst juristisch - immanent zweifelhaften Rechtsmäßigkeit der Ermessensentscheidung der Richter in bezug auf auf die Antizipation der zu erwartenden Strafe, auf ein zwar bestehendes, aber nicht minder zweifelhaftes Gesetz: Sicherungsverwahrung , NS-Gesetz von 1933, zurückzugreifen.
Zweck dieses, für die bewußt uninformierte Bevölkerung nicht zu durchschauenden, Taschenspielertricks ist die - schon bei der "Legalisierung" der NS-Gesetze praktizierte- Vernebelungs- und Ablenkungstaktik; etwa nach dem Schema :'So schlimm, wie die APO immer sagt, ist dieses neue Gesetz doch gar nicht. Schaut euch doch die Gesetzesregelung der "Sicherungsverwahrung" an, die geht ja viel weiter.' Hirsch wollte taktieren, hat aber lediglich einen weiteren juristischen und gesellschaftlichen Mißstand , den selbst der CDU-Abgeordnete Rollmann publizierte(1) , wieder in die öffentliche Diskussion gebracht.
Das Gewohnheitsverbrecher-Gesetz von 1933 - heute noch Grundlage für die Verurteilung zur Sciherungsverwahrung - kann laut §§ 20 a, 42 e, 42 f I, II S. StGB jeden "gefährlichen Gewohnheitsverbrecher" lebenslänglich in Haft nehmen. Bemerkenswert ist hierbei, daß das Gesetz sich jede Definition dieses Begriffes erspart, bzw. durch "Hangtäter" erläutert, und das zum andern durch Einschränkungen (§ 20 a I, II StGB) so weitherzig gefaßt sind, daß es in der Praxis "auf das Maß der Schuld für die Verurteilung nicht ankommt". Die Rechtsnwendung ist demnach mehr oder weniger willkürlich.
Im Vollzug gleicht die Sicherungsverwahrung völlig der Freiheitsstrafe; sie stellt deren härteste Abart dar. Die Ziffer 245 der DVollZO bezeichnet als einzigen Zweck der SV den Schutz der Allgemeinheit durch sichere Verwahrung. Der Vollzug der Freiheitsstrafe soll der Resozialisierung dienen. Die Sicherungsverwahrten müssen aber nicht ihre Resozibilität unter Beweis stellen, sondern um der unbefristeten Haft zu entgehen, müssen sie den Eindruck der Hangtäterschaft entkräften, also moralische Läuterung heucheln.
Das, obwohl das Bundesverfassungsgesetz Freiheitsentziehung, die nur dem Zwecke der moralischen Besserung dient, für unzulässig erklärt hat.
Im Dritten Reich hatten sich von 1934 bis 1942 etwa 12 bis 15 000 SVerwahrte angesammelt. Himmler erwirkte 1942 ihre Herausgabe zur Vernichtung, nur ein Rest wurde durch die Justiz geschützt. Nach 1945 ist SV nur noch relativ selten angeordnet worden. Die Richter müssen nicht über die Taten, sondern über den Menschen und seinen Charakter urteilen, wobei doch viele Nachkriegsrichter Skrupel empfanden, so daß sich am 31. März 1964 904 Personen in SV befanden. Heute sollen allein Hamburg über 100 Personen in SV sein. Einzelfälle in SV Befindlicher sollen vom AK Justiz im RC recherchiert werden.

---

(1) x → S. 11

TERMINE IM STRAFJUSTIZGEBÄUDE

14.4.	9 Uhr	Z. 136	Hauptverhandlung gegen Luhn/Borchers wegen Hausfriedensbruches - sie hatten an der Besetzung des psychol. Institutes teilgenommen
15.4.	9 Uhr	Z. 186	gegen A. Haak
16.4.	8 Uhr	Z. 160	gegen Neckermann
17.4.	10 Uhr	Z. 138	gegen U. Keßner

ARBEITSKREIS KRITISCHE JURISTEN IN FRANKFURT - EINE STUDENTISCHE BASISGRUPPE

Vorgeschichte :

Zu Beginn dieses Wintersemesters initiierte der SDS eine Kampagne gegen die politische Klassenjustiz. Ein Element dieser Kampagne war der Angriff auf den opportunistischen Lehrbetrieb der juristischen Fakultät. Die begriffslose Einübungslehre bürgerlicher Rechtswissenschaft bewahrt sich ihren Staatsopportunismus auf dem sicheren Boden totaler Unwissenschaftlichkeit. Dementsprechend mangelt es den etablierten Rechtsgelehrten vom Schlage eines Bockelmann an jeglicher Voraussetzung für ein kritisches wissenschaftliches Engagement. Sie sind einfach unfähig, das Regel- und Normensystem bürgerlicher Jurisprudenz vom Standpunkt lebenspraktischer sozialer Situationen her zu problematisieren.
Man braucht sich deshalb nicht zu wundern, wenn unsere rechtsgelehrten Professoren den Fragestellungen, die dieses Verhältnis berühren, wo möglich , aus dem Wege gehen. Kein Ordninarius der juristischen Fakultät war denn auch bereit, auf öffentlichen Veranstaltungen mit Studenten über die Problematik aktueller politischer Prozesse zu diskutieren.
Ein Go-In linker Studenten in die Vorlesung von Prof. Bockelmann sollte diesen Ordinarius dann zu einer Stellungnahme zwingen. Er entzog sich jedoch wiederum der Diskussion, indem er den Hörsaal verließ. Das teach-in, das dann anstelle der Vorlesung stattfand, gab den unmittelbaren Anlaß für die Gründung der Basisgruppe "Kritische Juristen".

Zielsetzung :

Kurzfristig wollte die Basisgruppe durch Zwishenfragen und Diskussionsversuche in Vorlesungen den Stoff kritisieren, Problembewußtsein bei den Studenten schaffen und den autoritären unfruchtbaren Charakter von Massenvorlesungen aufzeigen.
Langfristig will sie erreichen, daß anstelle der Massenvorlesung andere Formen von wissenschaftlichem Lernen und Lehren treten, welche die Entfaltung der selbstständigen wissenschaftlichen Initiative und der kritischen Fähigkeiten der Beteiligten ermöglichen.

Zusammensetzung :

Initiiert wurde die Basisgruppe von 4 Jurastudenten. Heute umfaßt sie ca. 25-30 Studenten, wovon alle im Hauptfach Jura, die meisten aber im Nebenfach Sozioögie oder Psychologie studieren. Mehr als die Hälfte der Mitglieder studieren noch im ersten Semester.

Aktionen :

Die Tätigkeit der Basisgruppe konzentrierte sich auf die Vorlesung "Strafrecht allgemeiner Teil" von Prof. Bockelmann. Man stellte während der Vorlesung fachbezogene Fragen. Bockelmann weigerte sich, auf die differenzierenden Fragen ainzugehen. Er versuchte mit Pauschal-antworten auf ganze Fragenkomplexe den Zweck der Fragestellungen, die Problematisierung des Lehrstoffes, zu unterlaufen. Zweimal brach Bockelmann die Vorlesung vorzeitig ab, als auf Zusatzfragen bestanden wurde.
Kurz vor Weihnachten versuchten konservative Studenten die kritische Tätigkeit der Basisgruppe mit Gewalt zu unterbinden : zwei Studenten vom AK wurden aus dem Hörsaal gezerrt und mit Schlägen bedroht. Bockelmann äußerte sich nicht zu diesem Vorfall.
Nach den Weihnachtsferien veruschte Bockelmann zusammen mit seinem Assistenten Kraus die kritischen Aktivitäten der Basisgruppe durch einen taktischen Schachzug von seiner Vorlesung abzulenken, um sie damit zur belanglosen Nebenbeschäftigung zu entschärfen : eine sog. 'Fünfte Stunde' wurde eingeführt, die der "kritischen Diskussion" dienen sollte. Damit wurde aber die Auflage verbunden, daß Fragen und Diskussionen während der Vorlesungen unterbleiben müßten.
Die Basisgruppe fiel auf diesen Trick nicht herein. Sie agierte trotzdem mit fachimmanenten Fragen in der Bockelmann-Vorlesung weiter. Zwei Wochen nach der Einführung der "5.Stunde" ließ deshalb Bockelmann seine Vorlesung platzen. Er setzte sie für den Rest des Semesters ab.

Nicht als Ersatz für die geplante Bockelmann_Vorlesung, aber als Gegenmodell gründete der AK "Kritische Juristen" nun drei Arbeitsgruppen, an denen zur Zeit etwa 50 Studenten beteiligt sind. Diese Arbeitsgruppen haben zunächst vorwiegend experimentellen Charakter Charakter, denn erstens dauert das Semester nur noch vierzehn Tage, zweitens existieren noch sehr wenige praktische Erfahrungen über antiautoritär strukturierte kollektive Formen des wissenschaftlichen und kritischen Lernens. Die Arbeitsgruppen sollen deshalb im Zusammenhang mit der Bearbeitung von bestimmten theoretichen Problemstellungen zugleich antiautoritäre didaktische Möglichkeiten praktisch erproben.

TERMINE

ARBEITSKONFERENZ DES SDS in Frankfurt vom Dienstag, dem 8.4. bis Sonntag, den 13.4.
Tel. 0611/77 60 68.
Parallel dazu ebenfalls in Frankfurt, Treffen der Basisgruppen Germanistik.

14.4. RC. 16.00. Vorbesprechung "Kritische Schule" d.h. theoretische Schulung für Arbeit in den Schulen, Kaderbildung.

17.4. WISO-Hörsaal. 18.00 Uhr. Wiederholung der VK-Mitgliedervollversammlung. Wichtig, da Wahl der Delegierten zum Bundeskongreß.

NEUES UNIVERSITÄTSGESETZ IN HAMBURG

Das Gesetz zur Diziplinierung der Hamburger Studenten ist noch nicht von dem Hamburger Landesparlament verabschiedet, da beginnen schon die unerhörten Frechheiten:
Seit dem 1. April werden an die Studenten rote Formulare verteilt, mit Hilfe derer man sich nach Ausfüllung eines Fragebogens die Berechtigung zur Wahl der studentischen Vertreter in den neuen Gremien erwerben darf. Die schlitzohrigen Hunde in der Schulbehörde und dem Rektorat sind so unerhört dumm, daß sie noch nicht einmal ihre eigenen juristischen Vorbedingungen erfüllt haben. Erstens bedeutet dieses Verfahren eine Nötigung des Parlaments und zweitens kann ein rechtsverbindlicher Ausschluß von der Wahl nicht auf Grund eines noch gar nicht rechtskräftigen Gesetzentwurfes erfolgen und drittens ist die Wahl der studentischen Vertreter auch nach dem geplanten Gesetz eine studentische Angelegenheit und der Rektor da seine Finger aus dem Spiel zu lassen!
Der AStA hat daher auch am vergangenen Mittwoch eine einstweilige Anordnung gegen dieses Verfahren erwirkt.
Die ganze Angelegenheit scheint typisch für die Art zu werden, mit welcher im Sommersemester mit den Studenten umgesprungen werden soll.

Ergänzung zu Seite § 9 :
(1) Dietrich Rollmann - Hrsg. - "Strafvollzug in Deutschland" Situation und Reform
Fischer Taschenbuch 1967

DIE SCHULE IN DER BUNDESREPUBLIK - EINE INSTITUTION DER HERRSCHENDEN.

Die Schule hat die Aufgabe, für das reibungslose Funktionieren und die Kontinuität des bestehenden Gesellschafts- und Wirtschaftssystems zu sorgen. Sie soll Anpassung an herrschende Normen einüben, manipulierbare Konsumenten und verfügbare Arbeitskräfte produzieren. Sämtliche Bildungseinrichtungen sind objektiv systemerhaltende Lernfabriken, auch wenn sie sich selbst als autonome Bildungsstätten verstehen. Sofern der Erzieher diese Zusammenhänge nicht erkennt und aufdeckt, bleibt er Werkzeug der herrschenden Klasse. Trotz einiger "Reformen" enthalten die Bildungseinrichtungen viele Rudimente überholter Gesellschaftsstrukturen, zum Beispiel Konfessionalisierung, Wirtschaftsfeindlichkeit, Dorfromantik, Dreigliedrigkeit des Aufbaus, hierarchische Strukturen, Unterdrückung der Sexualität.
Die verschiedenen Reformvorschläge sind deshalb genau daraufhin zu prüfen, wie weit sie lediglich die historisch überfällige Anpassung des Bildungswesens an die gewandelten gesellschaftlichen und ökonomisch-technichen Bedingungen im Sinne der Spätkapitalistischen Leistungsgesellschaft bezwecken oder ob sie als systemüberwindende Reformen kritische Reflexionen, Rationalität und politische Praxis fördern, undemokratische Herrschaftsstrukturen bekämpfen und der demokratischen Öffentlichkeit mehr Einfluss einräumen. So müssen z.B. die KMK-Empfehlungen zur Sexualerziehung untersucht werden, ob sie den Abbau herrschaftsstrukturell bedingter Sexualrepression ermöglichen.

DIE SCHULE DER ZUKUNFT - EINE POLITISCHE SCHULE

Die Schule der Zukunft muß die zu Erziehenden dazu befähigen, die Produktionsverhältnisse so zu verändern, daß die Menschen sich von den Zwängen der Herrschaft und der Natur befreien.
Die Schule selbst muß dazu in ihrer Organisation modellartige Formen einer demokratischen Gesellschaft verwirklichen. Sie muß aktiv in den politischen Prozeß der Gesellschaft eingreifen und deren autoritären Strukturen überwinden. Dazu ist ein umfassender Demokratisierungsprozeß in allen gesellschaftlichen Bereichen, auch in der Schule, ingang zu setzen. Sozialistische Lehrer, Sozialpädagogen und Dozenten müßen gemeinsam mit sozialistischen Schüler-, Eltern- und Studentenorganisationen konkrete Veränderungen in Schule und Gesellschaft anstreben.
Der SLB - Hamburg setzt sich folgende Nahziele:
Freie politische Betätigung von Schülern und Lehrern auch in der Schule.
Revision des autoritären Beamten- und Diziplinarrechts; Verankerung des Streikrechts für Lehrer im Hamburger Beamtengesetz.
Beseitigung von grundrechtswidrigen Bestimmungen und Praktiken (zB: Ostreiseerlaß, Verbot der Teilnahme am Bonner Sternmarsch 11.5.1968).
Wahl der Schulleiter und Schulaufsichtsbeamten durch Schüler und Lehrer. Wahl dieser Funktionsträger auf Zeit.
Öffentlichkeit aller Sitzungen der Beratungs- und Entscheidungsgremien im Bereich der Schule. Aufhebung des Konferenzgeheimnisses. Mitentscheidung der Schüler bei allen Beschlußfassungen.
Grundsätzliche Revision der Bildungspläne (Richtlinien).
Beseitigung der bestehenden Leistungskontrollen und Schulstrafen.
Vollständige Trennung von Schule und Kirche.
Schulpsychologen an allen Schulen.
Herabsetzung der maximalen Klassenfrequenz (solange noch Jahrgangsklassen bestehen.
Verringerung der Pflichtstundenzahl.
Regelmäßiger Studienurlaub zur Weiterbildung.
Neuordnung der Ausbildung der Lehrer.
Einheitliches Berufsausbildungsgesetz, das der arbeitenden Jugend und ihren Organisationen volle Mitbestimmung in der gesamten Berufsausbildung gewährleistet.
Über pädagogische Probleme hinaus wird der SLB-Hamburg zu aktuellen politischen Fragen Stellung nehmen und Aktionen durchführen.
(Fortsetzung auf der letzten Seite nach dem Al Fatah-Artikel.)

Das Nah-Ost-Problem im Spiegel der deutschen Presse

Den Massenmedien kommt heute eine nicht zu unterschätzende Bedeutung zu. Es wird dabei immer schwierig zu entscheiden sein, ob die Meinung der Presse die Meinung des Volkes „vox populi" ist, oder ob die Presse das aussagt, was die Staatsführung will und das Volk hören darf oder was das Volk hören will.

Die Gefahr des Mißbrauchs durch Presse und Funk ist jedoch, das muß immer wieder betont werden, sehr groß. Dies gilt insbesondere für das wiederholte Setzen tradierter Stereotypen und das gezielte Verwenden von Begriffswerten und Bildern, die in sich schon einen ganz bestimmten ideologischen oder moralischen Sinn erfahren haben. Die kritiklose Masse übernimmt das permanent projezierte Bild und wird in ihrer gesamten Denk- und Verhaltensweise beeinflußt und geprägt. Auf diese Weise entstehen weitere Vorurteile und letzten Endes Völker, die „bösartig, faul, aggressiv, zurückgeblieben, schmutzig, halbwild oder kulturlos" usw. sind, wobei der kleine Rest des verbliebenen menschlichen Gewissens noch eine Einschränkung zuläßt. Eine Einschränkung, die fast entschuldigend klingt, nämlich daß „die Leute da natürlich auch Menschen" seien. Doch schon die Folgerungen aus dieser „Erkenntnis" werden nicht mehr gezogen.

Unter diesem Blickwinkel ist es interessant und aufschlußreich, einmal die Nahost-Berichterstattung zu untersuchen. Wir dürfen jedoch gleich folgendes vorwegnehmen, was grundsätzlich nicht bewiesen werden muß. Die deutsche Presse hat eindeutig auf Seiten Israels Stellung bezogen. Diese prinzipielle Haltung zu untersuchen, ist im Rahmen dieser kurzen Ausführungen nicht möglich. Kurz kann jedoch folgendes dazu gesagt werden. Im Falle der hier zu behandelnden Thematik ist der Komplex der aufzuchenden Argumente, Darstellungen und Ereignisse durch die Vielschichtigkeit der menschlichen und politischen Verflechtungen dermaßen kompliziert, daß es tatsächlich nicht ohne Schwierigkeiten möglich ist, ein klares Bild zu erhalten. Aber insbesondere in der Bundesrepublik mangelt es speziell zu diesem Thema an gründlicher Kenntis und mangelnder Objektivität. Vielmehr wird das gesamte Problem Nah-Ost mit rein gefühlsmäßigen Kundgebungen und zunehmender Polemik behandelt, wiederum ein Ergebnis 20jähriger einseitiger Darstellungen und geprägt durch einseitig ausgerichtetes und gefördertes Mitleid mit dem Schicksal des jüdischen Volkes. Selbst die sich wissenschaftlich gebenden Analysen, Berichte oder Schilderungen verraten nach den ersten drei Zeilen den Stand des Schreibers und beweisen deshalb im Grunde nichts mehr, es sei denn die Psychose in der sich das deutsche Volk im Zusammenhang mit all dem befindet, was Jude oder Judentum heißt. Es sollen hier keineswegs auch nur im entferntesten die Verbrechen des Naziregimes gerechtfertigt werden. Der Verfasser dieser Ausführungen ist jedoch der Meinung, daß sich die Bundesrepublikaner insbesondere einmal deutlich machen sollten, **daß die Bewohner des Staates Israel in ihrer Mehrheit zwar ihrer Religionszugehörigkeit nach Juden sind, in erster Linie sind sie aber Israelis und Anhänger einer Ideologie, die sich Zionismus nennt.** Und die Krise im Nah-Ost-Raum entstand nicht zwischen Moslems und Juden, sondern zwischen Israelis mit eben der zionistischen Staatsideologie und den Bewohnern Palästinas, die durch diese Ideologie ihre Heimat, und was noch schlimmer ist, ihre elementarsten Rechte verloren haben. Die Verantwortlichen der Presse sollten erkennen, daß auch sie wiederum Völkermord begehen helfen, wenn sie durch einseitige und falsche Berichterstattung (nur zu Gunsten Israels) und das Einhämmern von Vorurteilen ein drittes Volk (die Araber) verteufeln helfen.

Wir haben vor uns einen Querschnitt von Zeitungsartikeln über den Zeitraum Juli 1967 (also Beginn des israelischen Angriffs auf die arabischen Nachbarstaaten) bis zum heutigen Tag, etwa 15 Tage nach dem israelischen Vergeltungsangriff auf den internationalen Flughafen von Beirut. Es handelt sich um einen guten Durchschnitt aus der gesamten bundesrepublikanischen Presse und West-Berlins. Eingeschlossen sind Tageszeitungen, Wochenzeitungen und Wochenmagazine sowie Illustrierte. Bewußt wurde auf tendenziöse Blätter wie die „Deutsche National- und Soldatenzeitung" oder einige jüdische Gemeindeorgane verzichtet.

Im Folgenden mögen die aufgeführten Überschriften aus deutschen Zeitungen für sich selbst sprechen und aufzeigen, wie die beiden Parteien dem deutschen Leser vorgestellt werden.

Es wurden mit Absicht Überschriften gewählt, aus denen auf Grund ihrer Geschmacklosigkeit einerseits und ihrer überschwenglichen Sympathiebezeugung andererseits eindeutig die Haltung hervorgeht, die die hiesige Presse einnimmt und mit der aufgezeigt wird, wie die einsetige Berichterstattung in Wirklichkeit aussieht.

Mit Bezug auf die Araber:

Das steigert doch nur unseren Haß . . . . (DT v. 4. 11. 67.)

Heckenschützen stören britischen Abzug. (Darmst. Tagblatt, 8. 11. 67.)

Der Racheschwur. (Stuttgarter Nachrichten, 5. 6. 68.)
Sie hausen in Höhlen und auf Dächern (DT v. 14. 11. 67.)

Ägyptens Soldaten sollen Rache geloben. (Stuttg. Nachrichten v. 5. 6. 68.)

Orientpost langsamer als vor 60 Jahren. (Westfalen-Rundschau, Sommer 1968.)

Unsere Ignoranz hat uns zunichte gemacht (FAZ, 25. 6. 68.)

Nasser will den Kanal nicht voll haben.
Etwas ist faul im Reich Ägypten.
Partisan liefert Stiefel – nur zwei Schuhgrößen für die Araber. (Zit. Nah-Ost-Beob. Jan. 68.)

2 500 Sowjets drillen die ägyptische Armee.
Nassers Querschuß.
Der doppelzüngige König. (Zit. Nah-Ost-Beob., Jan. 1968.)

Wecken Israels Erfolge Neid der Araber? (Norddeutsche Rundschau, Itzehoe, 14. 5. 68.)

Bereit zum nächsten Krieg. (Bunte Ill., 27. 11. 68.)

Emotionen statt Fakten. (Bunte Ill., 27. 11. 68.)

Flickschusterei. (Kasseler Post, 16. 12. 68.)

Sonnenland Ägypten mit militanten Schattenseiten. (Mindelheimer Zeitung, 21. 12. 68.)

Granaten im Heiligen Land. (Rhein-Zeitung, Koblenz, 24. 12. 68.)

Die „Volksfront-Terroristen". (Isr. Bulletin, 4. Jhg., Nr. 16, 1969.)

Ihr Haß ist größer als ihr Hunger. (Bild am Sonntag, 10. 11. 1968.)

Mit Bezug auf die Israelis:

„Gefahr für Israel." (Lübecker Nachr. 1. 5. 68.)

Seit 20 Jahren kämpft Israel um seine Existenz gegen die Araber. (Nordd. Rund. 2. 5. 68.)

Staat aus dem Nichts. (Flensburger Tagblatt, 3.5.68.)

Schalom für Israel. (Nordfriesische Nachrichten, 5. 5. 68.)

Ein Außenseiter hat's nicht leicht. (Bunte Ill., 8. 5. 68.)

Hilfe für Kinder aus Israel. (DT 9. 6. 67.)

Israel bittet seine Feinde zu Tisch. (Weser-Kurier-Bremen, 20. 5. 68.)

Menschlichkeit statt Brutalität. (All. jüd. Wochenztg., 3. 5. 68.)

Besatzungspolitik mit leichter Hand. (Isenhagener Kreisblatt, 15. 6. 68.)

Israel läßt arabische Verwandtenbesuche zu. (Die Welt, 18. 6. 68.)

Jerusalem geht kalkuliertes Risiko ein. (Schaumburg-Deister-Ztg., 24. 6. 68.)

Der unauffällige Sieger. (FR v. 29. 6. 68.)

Die Israelis befürchten einen neuen Nah-Ost-Krieg. (DE, 1968.)

Israels Mütter fürchten den Telegrammboten. (Rhein-Neckar-Ztg., 20. 12. 68.)

Israel sucht Frieden mit sich selbst und seinen Nachbarn. (Kieler Ztg., 14. 12. 68.)

Was ist nun der allgemeine Eindruck im Vergleich zum restlichen europäisch-westlichen Ausland (obwohl die gesamte westliche Presse das Problem in ihrem Sinn zu manipulieren versucht)?

1. Sehr viele Agenturmeldungen über sog. Preventiv-, Sicherheits- oder Vergeltungsmaßnahmen der israelischen Militärbehörde oder deren Verhalten als Besatzungsmacht in den okkupierten arabischen Gebieten, erschienen in Deutschland überhaupt nicht. Z. B. brachte die französische und englische Presse kurz nach dem Krieg zuerst die Napalm-Meldungen der israelischen Luftwaffe, Deutschland zog schließlich nach, als es nicht mehr zu vertuschen war.
2. Agenturmeldungen über arabische militärische Aktivitäten erscheinen oft unter großen marktschreierischen Überschriften auf der 1. Seite der Ausgaben. Die israelischerseits finden sich ganz klein auf der zweiten oder dritten Seite, wenn überhaupt.

Aufschlußreich ist auch die Analyse der **Begriffswahl.** Hier wird eindeutig mit zweierlei Maß gemessen. In der Wortwahl wird suggeriert, was als Recht und was als Unrecht zu gelten hat. Der Gedanke, daß es sich bei den Mitgliedern der Untergrundorganisationen nicht um „Saboteure", „Terroristen", „Abenteurer", „Verhetzte", „Mörder" usw. sondern um Freischärler handelt und bei den Organisationen nicht um „Terrororganisationen" sondern um Befreiungsbewegungen findet selten Durchbruch. Das gerade ist jedoch sehr wichtig. Denn ein Akt der Gewalt als reine Gewalttat wird immer abgelehnt, Gewalt aber, wenn sie der Befreiung dient und der Wiedereinsetzung verlorener Rechte wird akzeptiert und Verständnis finden.

Auch hier einige Beispiele in Überschriften:

Propaganda aus 1001 Nacht. (Allg. jüd. Wo. Düsseld., 17. 5. 68.)

Die arabische Terroristenorganisation Al Fatah wird immer mächtiger. (Rhein. Merkur, 31. 5. 68.)

Unser Ziel – Israel auslöschen. (Die Allg. Sonntagsz., Würzburg, 26. 5. 68.)

Arabische Saboteure erschossen. (Allg. jüd. W., 3. 5. 68.)

Mörder und Banditen. (Bild a. S., Juni 68.)

Terror und Mord. (Kieler Ztg., 5. 9. 68.)

Arabische Kriegslust. (Bayerische Landesz., 7. 9. 68.)

Über die Partisanen darf natürlich nichts Gutes berichtet werden: Kampfgeist allerdings ist für Al Fatah ein unbekanntes Wort . . ." „. . . Sie haben den Charakter von Sklaven. Sie verpfeifen ihre Kameraden. Sie können morden, aber nicht sterben." (Bild am Sonntag, 31. März 1968, S. 28.) Von der Tapferkeit, der Opferbereitschaft dieser Leute wird nichts erwähnt. Auch von der Weigerung Israels, die gefangenen „Terroristen" den Mitgliedern des Internationalen Roten Kreuzes vorzuführen wird hier nichts erwähnt. Dafür schreibt der Münchener Merkur mit wohlwollender Herablassung am 7. 1. 69: „Vieles an Al Fatah ist Legende. Vieles Selbstbetrug und Phantasie. Zwei Eigenschaften, die die Araber wie Brot und Reis zum täglichen Leben brauchen." Auch hier taucht das übliche Stereotyp von der „Phantasie" und dem „Selbstbetrug" wieder auf, ein beliebtes Motiv, um alle nicht angenehmen Nachrichten als unglaubwürdig und „erträumt" hinstellen zu können.

Mit stolzer Würde erklärt die Frankfurter Rundschau dazu: „ . . .Da Israel als zivilisierter Staat nicht einfach seinerseits Mordkommandos ausschicken kann . . ." (4. 1. 68) und bestätigt damit die These von der „Herrenrasse". Auch hier werden die beliebten alten Töne wieder laut. In einer anderen Ausgabe fährt sie dann fort: „ . . . Aber die Israelis haben es mit Gegnern zu tun, deren Sinn für Realitäten stark gestört oder unterentwickelt ist. Der markige Urteilsspruch der Welt über die bösen Israelis muß Menschen dieser Mentalität nur noch darin bestärken . . ." Welche Mentalität?, möchte man darauf fragen, um die unterschwellig aufgestauten Vorurteile gänzlich hervorzuholen, denn „man kann sich nicht erinnern, daß jemals jemand nach solchen humanitären Regeln gekämpft hätte, wie das israelische Guerillia-Kommando". Nun hat die FR (v. 2. 1. 69) doch endgültig die Balance verloren. Die Wiedergutmachung ist nun vollkommen. Über die „freiwillige" Auswanderung der einheimischen Bevölkerung, die „Begradigungen" der Grenzen durch Sprengung ganzer Dörfer aus „Sicherheitsgründen", über die täglichen Schikanen und Demütigungen der palästinensischen Araber im besetzten Gebiet erwähnt der Schreiber dieses Berichtes nichts. Auch über die arabische Minderheit in Israel selbst, die 19 Jahre lang unter Kriegsrecht stand, verlautet nichts. Dafür erfahren wir in mehreren „Nachrichten" einiges über die Verfolgung und Unterdrückung der Juden in Ägypten. Selbst „Die Zeit" hat keinerlei Hemmungen, diese Berichte, getreulich wiedergegeben aus den Mitteilungen der Israel. Botschaft (Israel Bulletin) vom Winter 68/69, wörtlich ohne den leisesten Zweifel zu drucken. Sämtliche Meldungen aus Israel sind automatisch „glaubwürdig" und „richtig", die arabischerseits entspringen nur einer regen Phantasie", der „Traumküche des Orients" . . .

Daß diese Art der Berichterstattung als Propaganda von Seiten Israels betrieben wird ist nur zu verständlich. Israel kann weder das Auferstehen einer sozialen Befreiungsbewegung, die gleichzeitig eine strukturelle Umwälzung des gesamten arabischen Raumes anstrebt, begrüßen, noch verträgt die zionistisch-imperialistische Idee irgend einen ideologisch starken Gegner. Denn dieser Gegner muß die israelische Politik auf kurz oder lang entlarven. Daß diese Propaganda in blinder Hörigkeit jedoch seitens der deutschen Massenmedien übernommen wird und sogar auf katastrophale Weise dazu beiträgt, ein Bild zu projezieren, das einerseits eine Wiedergutmachung für die Leiden des jüdischen Volkes sein soll, andererseits aber völlig unberechtigterweise ein anderes Volk damit verteufelt, ja ausrotten hilft, ist nicht mehr gut zu heißen. Neuerdings hat es einige Bestrebungen gegeben, die Themen Judentum und Drittes Reich von den Themen Israel und Zionismus zu trennen. Hierbei hat die westliche Presse jedoch sofort ein drittes Argument in der Hand, das dann endgültig klarstellt", wer der „böse" Teil von beiden ist, dann sind es nämlich letzten Endes die Kommunisten, die sich schlau und böswillig in die Lage hineingeschlichen haben und nun die Araber verführen. „Sie alle wollen erstens: die Juden ins Meer jagen, zweitens: ein kommunistisches Regime nach dem Vorbild Maos errichten . . ."

Bericht einer Reise zu den Partisanen im Bild am Sonntag vom 10. 11. 68: „ . . . die Augen wurden mir verbunden mit einem übelriechenden arabischen Kopftuch, dessen Stoff jedoch so fadenscheinig war, daß ich recht gut sehen konnte . . ." Hier suggeriert Bild zunächst den „Gestank" von allem, was aus den arabischen Ländern kommt, den Schmutz und die „Unsauberkeit dieser Leute" und obendrein die „Fadenscheinigkeit der Stoffe", die Qualität, die dort produziert wird, ist also auch per definitionem „schlecht".

Dem aber nicht genug.

„Die arabischen Revanchisten wissen, daß sie sich einen neuen Krieg militärisch noch nicht leisten können. So sind ihnen die arabischen Vietcong willkommen; diese Freischärler, die nach Maos Rezeptur den „Volksbefreiungskrieg" propagieren: die Terrororganisationen „Al Fatah", „Befreiungsfront" oder „Söhne des Sinai" (Welt am Sonntag, 5. 1. 69). Die Israelis ihrerseits werden nur als friedliebend erwähnt. Die „Araber sind die Kriegstreiber" und die Araber gehören zu den Kommunisten. Auch hier werden die eigenen Motive und Ängste vor eingepflanzten Vorurteilen wachgehalten und verstärkt.

Wie hervorragend sind die guten Taten der israelischen Verwaltung, wie human das Verhalten der Behörden und des Militärs und wie freigiebig ist die Bevölkerung: Es klingt fast makaber, wenn man die Versicherungen zionistischer Politiker hört, die versichern, natürlich wären sie bereit nach einem Frieden mit den arabischen Nachbarn einen Teil der im Jahre 1967 besetzten Territorien zurückzugeben, natürlich nicht die Golanhöhen, auch Gaza ginge nicht, Sinai sowieso nicht wegen „Ägyptens Angriffslust" und der Jordan müsse die Ostgrenze als „natürliche" Grenze bleiben. Dann erfährt man so nebenbei, daß inzwischen in dem Golangebiet 30 Wehrdörfer gegründet worden seien. „Jüdische Firmen im In- und Ausland wurden ermutigt, in den besetzten Gebieten zu investieren; Araber erhielten Arbeitsplätze im Judenstaat — bei besseren Löhnen . . ." Mit nicht mehr zu übertreffender Überheblichkeit bläst die deutsche Presse in das Propagandahorn Israels und verkündet weiter: „ . . . Landwirte, die bisher mit archaischen Methoden gearbeitet hatten, lernten nun . . . [illegible] der [illegible] modernen Landwirtschaft kennen . . . Amman hatte diesen Bauern in 10 Jahren insgesamt 8 Traktoren geliefert . . . Zugleich verbesserten israelische Fachleute die antiken Bewässerungsmethoden und reparierten die schadhaften Kanäle . . ." Und damit nicht genug mit der selbstlosen Nächstenliebe zu dem „armseligen Brudervolk": „ . . . die Israelis sorgten nicht nur für das wirtschaftliche Wohlergehen, sondern auch für die Erziehung ihrer neuen Untertanen" (!!) „ . . . Überall . . . traf die westlich beeinflußte israelische Zivilisation auf eine fast mittelalterliche Welt von Vorurteilen und Rückständigkeit." Auch hier tradierte Stereotypen von „Rückständigkeit", „Ungeschicklichkeit" und „Kulturlosigkeit"! Die 8 Traktoren sind eine reine Lüge, aber niemand wird sie als solche vermuten. Es klingt ja so glaubwürdig. Nichts erfahren wir von den modernen beispielhaften städtebaulich und technisch hervorragenden Städten wie Ramallah, den zahlreichen Plantagen (sie gibt es ja nur in Israel!), den vielen Schwimmbädern sogar in Hebron, einer Stadt, die als religiöseste und traditionellste immer wieder aufgeführt wird. Kleine Schönheitsfehler, die sich im Gesamtbild schlecht ausmachen würden, wie „ . . . Baufällige Häuser wurden gesprengt — wenn auch, wie an der Klagemauer, nicht immer mit der erforderlichen Erklärung — Parks und Schulen entstanden . . .", werden geschickt überspielt. Der Münchener Merkur vom 7. 1. 69 versichert, daß „Die Besatzungspolitik der Israelis äußerst großzügig in allen wirtschaftlichen und verwaltungstechnischen Fragen" sei. Sollte sich hier ein Schelm hinter den Zeilen verbergen? Wird hier die „großzügige" Konfiszierung des arabischen Eigentums gemeint und die recht günstige wirtschaftliche Erweiterung durch den Neuerwerb ägyptischen Öls, und jordanischer Agrarprodukte? Wie verdorben muß die westliche Hemisphäre sein, daß sie solchen Phrasen immer aufs Neue erliegt.

Aber Faschismus, Chauvinismus und rassistische Überheblichkeit sind auch dann zu verurteilen, wenn sie von Seiten einer „rein" jüdischen Gesellschaft kommen. So illustrieren die Darmstädter Blätter, (Hrsg.: Asta der TH Darmstadt, Heft 10/67): „ . . . daß es zur Behauptung ihres Anrechts auf dieses Land nur ein einziges Mittel gab: Seine Erlösung von der Wüste, zu der es die Araber mit ihrer Faulheit und ihren Ziegen degradiert hatten. Aber um es zu erlösen, mußte man darüber verfügen . . ."

Dagegen: „ . . . Alles wurde in Kanälen, Maschinen, Schulen, wissenschaftlichen Forschungsanstalten investiert. Binnen weniger Jahre wurde Israel zu einer grünen Oase und zum pulsierenden Industrieland, ein schlagender Beweis dafür, daß die gelbe Wüste ringsum nur der Faulheit und Unfähigkeit ihrer Bewohner zuzuschreiben war . . ."

Abgesehen davon, daß in der deutschen Presse kaum eine Trennung zwischen Nachricht und Meinung feststellbar ist, darf auch nicht damit gerechnet werden, daß Raum für Objektivität oder Kritik belassen wird. Der Leser wird im Sinne der Ideologie berieselt auch und gerade mit dem Problem Nah-Ost. Meldungen aus Tel-Aviv werden direkt übernommen. Damit dient die deutsche Presse als reines Propagandainstrument des israelischen Staates und seiner Politik. „Das Leben eines Israeli, der in Athen getötet wurde, war mehr wert, als alles Blech und alle Maschinen, die in Beirut zerstört wurden." Ist der Schreiber vielleicht Kommunist? Vergißt er hier, daß die Maschinen nicht Eigentum des Libanon, sondern Eigentum, Privateigentum wohlgemerkt, ausländischer westlicher Gesellschaften waren? Und, so gestatten wir

uns zu fragen, was ist das Leben der arabischen Zivilisten wert, die fast wöchentlich einmal mit Napalm übergossen werden? Die Meldung fährt fort:

„. . . Die Welt mag sich daran gewöhnt haben über den Tod ‚nur' eines Menschen hinweg zur Tagesordnung überzugehen. **In Israel erregt er eine Nation.**" (Landeszeitung f. d. Lüneburger Heide 2. 1. 69.) Auch hier werden die Gefühle der israelischen Masse einerseits, die heimgesucht von den Erinnerungen an die jüdische Tragödie in Europa, sofort in Schrecknisse verfallen, strapaziert, andererseits das deutsche schlechte Gewissen. Die Hauptanspielung jedoch bezeugt wieder die Arroganz und den Fanatismus der israelischen Politik. „Bei uns erregt ein Tod die ganze Nation . . ." Aber nur der Tod eines Israeli natürlich. „Wir sind so kultiviert, wir sind mit Talmud und Gedichten in den Krieg gezogen und haben auch nur getötet, weil es gar nicht mehr anders ging, aber am liebsten hätten wir weggesehen . . ."

Auch hier betet die deutsche Presse getreu nach, unter Ausnutzung aller biblischen Mythen und aller alten religiös-nationalen Symbole, denen der Großteil der jüdischen Bevölkerung in Israel selbst zum Opfer gefallen ist. Unter Ausnutzung einiger „blutrünstiger" Äußerungen arabischer Regierender hatte es die israelische Propaganda und die deutsche Presse erreicht, dem Volk eine neue „Endlösung" vorzuspiegeln und alle Gefühle gegen diejenigen zu mobilisieren, die diese Lösung zu verkörpern scheinen. „Mit jeder Bombe wächst der Haß" (Bunte Ills, Offenburg, 18. 12. 68). „Arabischer Terror international" (Frankenpost, Hof, 28. 12. 68). „Israel handelt in Notwehr (Die Welt, Hamburg, 30. 12. 68). „Raketen gegen Zivilisten" (Trierische Landeszeitung, 4. 1. 69) usw. Der Gegner, mit dem Israel zu tun hat, kann und darf nichts taugen. Er ist minderwertig und unterentwickelt. „Sie sind feige und hinterhältig. Wenn PLO-Leute in israelische Gefangenschaft geraten, verraten sie alles und alle: ihre Kameraden, ihre Stützpunkte, ihre Aktionen, nur um ihr **armseliges** Leben zu retten . . ." (Allgemeine Sonntagszeitung, Würzburg, 26. 5. 68). Und „Was wollen die Araber, sie haben aus ihrem Land nichts gemacht. **Wir haben die Kultur.** Warum sollen wir verschweigen, daß wir im Nahen Osten die **Herrenrasse** sind" (Stern, Hamburg, 15. 12. 1968) und weiter in Erinnerung an großdeutsche Zeiten: „Früher hatten wir die Araber im Genick, heute haben wir sie unter dem Stiefel. Das ist einfacher." (Ebenda.)

Sehr starke Impulse kommen natürlich auch aus dem Reservoir der unerfüllten Wünsche und Erinnerungen eines bestimmten Teils unserer Bevölkerung: Wie Ulrike Marie Meinhof schreibt: „ . . . Sympathien wurden in der Bundesrepublik hauptsächlich von einer bestimmten Presse zum Ausdruck gebracht und befanden sich augenscheinlich in Einklang mit dem, was als schwarzer Humor, als reiner Hohn empfunden worden wäre, als Politik aber allgemein geduldet wurde: Die Lieferung von Gasmasken an Israel. Erfolg und Härte des israelischen Vormarsches lösten einen Blutrausch aus, Blitzkriegstheorien schossen ins Kraut, BILD gewann in Sinai endlich, nach 25 Jahren, doch noch die Schlacht von Stalingrad. Antikommunistisches Ressentiment ging nahtlos auf in der Zerstörung sowjetischer Mig-Jäger, die Nichteinmischung der Sowjets wurde als Ermutigung erlebt, es in der deutschen Frage den Israelis gleichzutun, der Einmarsch in Jerusalem wurde als Vorwegnahme einer Parade durchs Brandenburger Tor begrüßt. Hätte man die Juden statt sie zu vergasen, mit an den Ural genommen, der Zweite Weltkrieg wäre anders ausgegangen, die Fehler der Vergangenheit wurden als solche erkannt, der Antisemitismus bereut, die Läuterung fand statt, der neue deutsche Faschismus hat aus den alten Fehlern gelernt, nicht gegen — mit den Juden führt der Antikommunismus zum Sieg." (Voltaire: Flugschrift, Nr. 21.)

Interessant ist es vor allem auch, das Bildmaterial zu untersuchen, das in der mehrheitlichen deutschen Presse abgedruckt wird. Aus den arabischen Ländern liegen uns Bilder mit folgenden Motiven vor:

Weites Wüstenland mit Esel und Nomaden, im Hintergrund einige Kamele; Kamelreiter und Wüste; arme Flüchtlinge in lumpiger Kleidung vor zerfetztem Zelt, einige Ziegen; zerlumpte Kinder und Mütter vor verfallenen Häusern; Männer in Hockstellung in Nationaltracht um ein Kaffeetablett; Öltürme und Wüste; Ölscheiks in amerikanischem Wagen; Beduinmädchen mit Schmuck und hinter Schleier; armschwingende Politiker mit finsteren Mienen; Massenansammlungen mit Demonstranten o. ä. mit erhobenen Armen. vielen Plakaten und Spruchbändern; Flüchtlinge mit Stoffballen in langen Reihen über eine Jordanbrücke ziehend; usw.

Über Israel finde ich folgendes: Adrette Militärs in legerer Haltung und junge wohlgenährte Mädchen in engsitzenden Uniformen; Politiker mit lächelnden Gesichtern; Politiker mit Familie, Industrie- und Bewässerungsanlagen; Orangenplantagen mit Pflükkern; Landmaschinen im Einsatz; saubere Kinder in neuen Schulen; saubere Kinder in Lufschutzbunkern; Mahnmale von Auschwitz und Dachau mit weinenden Besuchern; Klagemauer mit betenden Leuten, darunter Soldaten; hilfreiche israelische Militärs beim Begleiten von Flüchtlingen über die Allenby-Brücke, Hüter der Ordnung sauber in Korbsesseln am Suez-Kanal und auf Dächern von Wohnhäusern im besetzten Gebiet; Aufnahmen von freundlichen Häusern und weiten Straßen usw.

Allein die Gegenüberstellung der Bilder genügt, um zu begründen, warum die öffentliche Meinung auf israelischer Seite steht. Sie genügt aber auch um aufzuzeigen, wie gefährlich diese Art der „Berichterstattung" ist. Ohne Erklärungen über **Ursachen und Wirkung,** über tatsächliche geschichtliche Zusammenhänge und ohne Erläuterung der andersartigen Kultur- und Geisteswelt eines Volkes müssen solche Darstellungen dahin führen, wo wir bereits in Deutschland einmal waren: zur Verteufelung eines ganzen Volkes und schließlich zum Völkermord.

Auch die Kommentare, die anläßlich von UNO-Vollversammlungen und UNO-Debatten und Beschlüssen abgegeben werden machen keine Ausnahme. Sie alle verheimlichen ganz bewußt eine Tatsache: Die Existenz eines palästinensischen Volkes. Die Lage wird so geschildert, als wären die einwandernden Zionisten in ein völlig menschenleeres verwahrlostes Land gekommen. Weiterhin wird in den Kommentaren ebenso wie bei offiziellen Äußerungen der Vereinten Nationen das Nah-Ost-Problem als „Grenzproblem" zwischen Israelis und den arabischen Staaten behandelt. Der UNO wird zwar die Handlungsunfähigkeit bescheinigt, die meist so verstanden wird, daß sie die „Araber" nicht zwingen kann, sich den kultivierten, zivilisierten und wohlmeinenden Zionisten nach deren Vorstellungen unterzuordnen und sich „kultivieren" zu lassen. Sie erwähnen aber niemals das eigentliche Problem, nämlich die Existenz

der Palästinenser, denen seit 20 Jahren die Rückkehr in ihr Land verweigert und die Ausübung ihrer elementarsten Rechte unterbunden wird. Sie sind nicht existent, es sei denn in einigen Spalten, die mitleidheischend über die armen, von Nasser oder Hussein, mit Absicht eingepferchten Flüchtlinge sprechen und die wiederum den wahren Hauptgrund, nämlich die Weigerung Israels, diese Menschen in ihr Land zurückzulassen, verschweigen.

„In den Lagern herrscht unbeschreibliches Elend. Die jordanische Regierung hat jeden Versuch verhindert, die Flüchtlinge zu integrieren, um ihren Haß gegen Israel nicht zu konservieren. Doch die Früchte dieses Hasses wird nicht Hussein oder Nasser ernten, die Früchte werden die Kommunisten ernten... In Baqqaa gibt es für 32 000 Personen nur zwei Badeschuppen mit 20 Duschen. Es gibt kaum Seife. Die Ernährung ist schlecht . . . Vielleicht könnte die UNO helfen.

Aber — und in diesem Punkt sind sich der König und seine innenpolitischen Gegner, hier sind die Widerstandsgruppen gemeint, Anm. d. Verf., einig — man ist nicht scharf auf diese Hilfe. Denn nur so lange diese Menschen in den Lagern wie Tiere leben müssen, solange wie Krankheit und Hunger sich in immer neuen Haß gegen die ‚jüdischen Erzfeinde' ummünzen lassen, nützen die Flüchtlinge den Politikern, die im Hintergrund die Drähte ziehen. Dem König, den Kommunisten, den Russen . . ." (Bild am Sonntag, 10. November 1968.)

Daß die UNO die Existenz des palästinensischen Volkes offiziell übergehen muß, ist verständlich. Denn würde sie deren Daseinsberechtigung anerkennen, stieße sie automatisch auf das sogenannte Selbstbestimmungsrecht der Völker und auf die Legitimität des Widerstandes gegen eine Besatzungsmacht, die zudem in höchstem Maß expansionistisch auf Grund ihrer Ideologie aggressiv und neokolonialistisch ist. Das offene Bekenntnis zu der Existenz eines palästinensischen Volkes würde aber die herrschende Verwirrung gänzlich befestigen. Somit bleibt der ursprüngliche Fehler der Weltmächte, nämlich die Befürwortung der Staatsgründung Israels in der erfolgten Form bestehen und damit auch die Krise im Nahen Osten. Die deutsche Presse hat auch in dieser Frage so gut wie keine Aufklärung gebracht. Im Gegenteil, engagiert macht sie sich die Reden und Veröffentlichungen der zionistischen Propaganda zu eigen und stellt den Konflikt als „Grenzproblem" zwischen Israel und den Arabern dar. „Die feindlichen Nachbarn" ist da zu lesen, oder die „feindlichen Neffen".

Daß es sich bei der Staatsgründung um ein widerrechtliches Inbesitznehmen eines fremden Landes mit recht zweifelhaften „historischen Ansprüchen und Rechten" handelt ist „pure Erfindung der Araber". Es war ein „rechtmäßiger Akt" einer Grenzbegradigung im Rahmen einer „Wiederkehr" des lange umhergeirrten jüdischen Volkes: „ . . . Da war durch den Entscheid der Vereinten Nationen ein neuer Staat entstanden. Die beiden größten Mächte der Welt USA und UdSSR hatten dieser Entscheidung zugestimmt — und doch wurde dieser Staat von dem Augenblick da er entstand, von allen seinen N a c h b a r n überfallen. Dem jungen Staat blieb nicht einmal Zeit zu seiner Verteidigung ein reguläres Heer aufzustellen . . . (Schaumburg-Lippische Landeszeitung, 8. 6. 68.)

„Man mußte die Juden doch irgendwo unterbringen", ist da zu hören. „Wo sollten sie denn hin, nach all dem Leid?" Die jüdische Tragödie findet in Israel ein wahrhaft trauriges Nachspiel. Denn nicht nur das Vertreiben der einheimischen Bevölkerung und die Gründung eines reinrassischen jüdischen Staates kann oder konnte die Leiden von Auschwitz beenden, es kann sie vergelten und zwar an einem Volk, das nichts, gar nichts mit diesen Leiden zu tun hat. Und die Schuldigen, glücklich nun einen Sündenbock gefunden zu haben, wälzen gerne die Sühne von ihren Schultern. Dazu leistet die deutsche Presse ihren größten Beitrag.

Die Aussagen zweier jüdischer Persönlichkeiten mögen zum Schluß die beiden Pole illustrieren, die zur Wahl stehen: Blinde Sympathie für eine Idee und deren Realisierung, bestimmt von Emotionen und Aggressionen oder kritische Analyse der herrschenden Verhältnisse und deren ehrliche Aufführung. Die deutsche Presse hat sich bisher für das erstere entschieden:

David Ben Gurion:
Israel hat einen Prototyp des Juden geschaffen, einen intellektuellen Krieger, der ungleich fähig ist zu den kühnsten Entdeckungen und zu den größten Heldentaten. Es war unser Staat, der allen Juden der Welt das Gefühl des Stolzes darauf zurückgegeben hat, Jude zu sein.

Isaac Deutscher:
Hinter dem Wahnsinn und der Arroganz steckt Israels unterdrücktes Schuldbewußtsein den Arabern gegenüber, das Gefühl, daß die Araber die Schläge niemals vergessen oder vergeben werden, die Israel ihnen zufügte: Besitznahme ihre Landes, das Schicksal von einer Million und mehr Flüchtlingen, wiederholte militärische Niederlagen und Demütigungen. Halbverrückt geworden durch die Angst vor arabischer Vergeltung haben die Israelis in ihrer überwältigenden Mehrheit die „Lehre" hinter der Politik ihrer Regierung akzeptiert, jene Lehre, die besagt, daß die Sicherheit Israels in periodischer Kriegführung liegt, die alle paar Jahre die arabischen Staaten in einen Schwächezustand versetzen muß.

NACHDRUCK aus RESISTENTIA
Nr. 2 Februar 1968
"Vier Jahre AL-FATAH"
S. 17 - 23

Fortsetzung von Seite 12.

Geplante Projektgruppen:
1. Schule und Wirtschaft.
(Einflüsse der Wirtschaft auf Schulorganisation, Curriculum)
2. Curriculum Forschung.
(Analyse von Lehrplänen, Schulbüchern; Gegenmodelle)
3. Herrschaftsstrukturen in der Schule.
(Leistungszwänge, Disziplinarrecht für Lehrer usw.)
Mitglied im SLB-Hamburg kann jeder Schüler, Student und Lehrer werden, der diese programmatische Gründungserklärung bejaht.
Eine Gründungsversammlung findet am Montag, den 28.4.1969 um 19.30 Uhr in den Räumen des Republikanischen Clubs, Hamburg 13, Rothenbaumchaussee 95 statt.

Hiermit bestelle ich APO-PRESS zum halbjährlichen Abonnementspreis von DM 8.00 (vierteljährlich DM 5.00). Den Betrag überweise ich auf das Postscheckkonto Hbg. M.Deter 2293 32

NAME ADRESSE